

Erstein in Leipzig
 Mittwoch, Freitag, Sonntag.
 Abonnementspreis
 für eine Deutsche 1 M. 60 Pf. pro
 Quartal.
 Wochen-Abonnement
 werden bei allen deutschen Postämtern
 auf den 2. und 3. Monat, und auf den
 6. Monat besonders angenommen; im
 Abzug, Sachlich und Original, Sachlich
 Nürnberg auch auf den 12ten Monat
 des Quartals à 54 Pf.
 Inserate
 bez. Veranlagungen pr. Zeile 10 Pf.,
 bez. Privatangelegenheiten und Heile pro
 Zeile 20 Pf.

Vorwärts

Bestellungen
 nehmen an alle Postämtern und Post-
 landungen des 3. u. 4. Quartals.
 Filial-Expeditionen.
 New-York: Soc. demokr. Genossen-
 schaftsbücherei, 154 Eldridge Str.
 Philadelphia: J. Galt, 600 North
 3rd Street.
 J. Wolf, 1129 Charlotte Str.
 Hoboken N.J.: J. A. Sorge, 215 Waah-
 ington Str.
 Chicago: J. Kaufmann, 74 Clybourne Ave.
 San Francisco: J. Eng, 436 O'Farrell Str.
 London W.: G. Funge, 8 New St.
 Golden Square.

Wir sind's zufrieden.

Durch die offiziöse und liberale Presse geht nachstehende sehr bezeichnende Notiz:
 „Von einer dem Reichskanzler nahe stehenden Seite wird behauptet, daß eine Enquête der deutschen Arbeiterverhältnisse bevorsteht, deren Ergebnis zu legislativen Vorarbeiten benutzt werden soll. In die zu ernennende Enquête-Commission sollen auch Arbeiter zugezogen werden. — Gegenwärtig handelt es sich darum, durch Gründung verständiger Arbeitervereine ein Ventil der Discussion zu öffnen, welche in ihren demagogischen Auswüchsen durch das Sozialistengesetz unterbrochen werden wird. Der Reichskanzler hat diese Absicht in seiner Rede selbst kundgegeben, indem er solche Vereine zu fördern versprach, welche sich mit der positiven Verbesserung der Lage der Arbeiter beschäftigen wollen. Obwohl das Resultat der Enquête-Commission, die vor einigen Jahren im Handelsministerium zusammentrat, eben nicht danach angethan ist, zu einer Wiederholung desselben Experimentes zu ermutigen, so mag doch in der gegenwärtigen Wendung der Verhältnisse ein stichhaltiger Grund liegen. Selbstverständlich müßte eine neue Enquête-Commission auch jene Sozialpolitiker in sich aufnehmen, welche als Gegner der Sozialdemokratie den schon bestehenden Vereinen als Wortführer angehören und sich in der Sozialliteratur oder in den gesetzgebenden Körperschaften einen Namen erworben haben. Wenn die Sozialdemokraten behaupten, daß es sich hier um die Absicht handelt, conservative Arbeiterbataillone zu bilden, welche gegen die Sozialdemokraten zu marschieren hätten, so beweist dies nur, daß die vom Fürsten Bismarck ventilierte Frage auch nach der politischen Seite hin eine nicht zu unterschätzende Tragweite hat. Man erinnert sich, daß Louis Napoleon namentlich in den ersten Jahren seiner Regierung die Bildung gutgeleiteter Arbeitervereine mit allen Mitteln begünstigte.“

Wenngleich eine solche Enquête nach den Erfahrungen, die bisher gemacht worden sind, zu keinen großen Hoffnungen berechtigt, so können wir mit derselben immerhin zufrieden sein, vorausgesetzt, daß die Untersuchungen auch ernstlich geführt und daß die Resultate nicht bloß durch Nachfrage bei den Arbeitgebern festgestellt werden, die dann allerdings für die Arbeiter so richtig sich gestalten, daß eine Verbesserung der Lage der arbeitenden Klassen geradezu den Vortheiligen thöricht erscheint.

Solche Untersuchungen schaden dann allerdings den Arbeitern mehr, als sie ihnen nutzen. „Gründung verständiger Arbeitervereine“ — auch gut, wir sind's zufrieden und rathen sogar allen sozialdemokratischen Arbeitern nach Erlaß des Ausnahmengesetzes sich in diese „verständigen Arbeitervereine“ aufnehmen zu lassen. Sind diese geplanten Arbeitervereine wirklich „verständlich“, so ist es gut, sind sie nicht „verständlich“, so können unsere Parteigenossen auf Grund der auch nach dem Ausnahmengesetz noch erlaubten Punkte unseres Programms dieselben nach und nach verständig machen.

Und sollten die Bismarckschen Vereine dies nicht erlauben, sollten sie nicht „verständlich“ werden wollen, dann steht unsern Genossen auf Grund der gemachten Erfahrungen es frei, ähnliche selbständige Vereine zu gründen, die sich besonders mit der positiven Verbesserung der Lage der Arbeiter beschäftigen.

Ueberhaupt halten wir es nach dem Auftreten des Fürsten Bismarck im Reichstage für gut, da das Ausnahmengesetz unsere Thätigkeit nach vielen Seiten hin lähmt, dem ausgesprochenen Wunsche des Fürsten Bismarck entgegenzukommen und ihm „positive Vorschläge“ zu machen; sind dieselben für die Regierung unannehmbar, so ist das ihre Sache. Uns kann man dann aber nicht mehr den billigen und nur für den aufmerksamen Beobachter unbegründeten Vorwurf des rein negativen Verhaltens machen.

Doch dieser Punkt ist natürlich näher zu erwägen, und wir wollen denselben hier auch nur andeuten haben.

Wir haben ihn vorzüglich deshalb auch angeführt, um zu dokumentiren, daß wir wohl wissen, daß das ganze Bismarcksche Problem in Bezug auf die Arbeiter „eine nicht zu unterschätzende Tragweite hat.“

Ob aber diese „Tragweite“, die man in dem obigen Wortsatz mit den Napoleonischen Experimenten Anfangs der 50er Jahre in Parallele setzt, auch Herrn von Bismarck zu dem Napoleonischen Ende führt, das ist natürlich nicht unsere Sorge.

An diese „verständigen Arbeitervereine“ reiht sich das bekannte Projekt der staatlichen Pensionskassen (Invalidentassen) für Arbeiter. Dasselbe

ist nicht erst seit der Wilhelmspende aufgetaucht, sondern hat conservative Köpfe schon längst beschäftigt. So schreibt der bekannte Geheimregerungsrath Jacobi, der ja in Gewerkschaften nicht unbekannt ist, im „Leipziger Tageblatt“:
 „Kaum war im Jahre 1862 der damalige Herr von Bismarck an die Spitze der preussischen Regierung getreten, so richtete er in seiner Eigenschaft als Ministerpräsident an seine betreffenden Herren Collegen ein Schreiben, in welchem er darauf hinwies, wie wünschenswerth es sei, den alten Tagen invalider Arbeiter durch Errichtung von Pensionskassen zu Hülfe zu kommen, und zugleich in Anregung brachte, ob die großen Communalverbände (namentlich die Kreise) dies nicht in die Hand nehmen könnten. Es erwies sich Letzteres als nicht ausführbar und die ganze Sache ging — ad acta. Der jetzige Herr Reichskanzler mag selbst diesen bestimmten Vorgang längst vergessen haben; wir aber glauben — selbst auf die Gefahr hin, das Amtsgeheimniß zu verletzen — hieran erinnern zu sollen, und wünschen dadurch auch an unserm Theil dafür Zeugniß abzulegen, daß Fürst Bismarck in der That das Wohl der arbeitenden Klassen frühzeitig am Herzen getragen hat.“

Uns interessiert nur die Thatsache, daß Bismarck sich schon in jener Zeit, wahrscheinlich um den liberalen Eins zu versehen, mit dem Plane der staatlichen Arbeiter-Invalidentassen getragen hat. Die Schlusssphäre, daß Bismarck das Wohl der arbeitenden Klassen schon frühzeitig am Herzen getragen hat, regt uns nur zu der einen Frage an: „Warum hat der Herr von Bismarck denn dieses Wohl nicht einmal während der langen Dauer seiner Regierung losgelassen?“

Wir wissen auch, daß die Schutzkassen, die Abgeordneten Grothe (Görlitz) und Stumm, schon vor circa zwei Jahren mit einer staatlichen Arbeiter-Invalidentasse schwanger gingen — das Kind, welches Stumm in Vermählung mit der Wilhelmspende jetzt neuerdings in die Welt gesetzt hat, ist ein todgeborenes, da der Staat nur die Oberaufsicht, die Fabrikanten die Hauptaufsicht und die Arbeiter das Zahlen und Nachsehen haben sollen.

Da loben wir uns doch ein reines Staatsinstitut — entweder es erfüllt seinen Zweck, und dann kräftigt es die Arbeiter auf Kosten der Bourgeoisie, oder es erfüllt seinen Zweck nicht, dann diskreditirt es die Regierung zu Gunsten der Sozialdemokratie.

Nur keine Halbheiten, nur keine Situationen, wo Einer die Schuld auf den Andern schieben kann.

So stehen wir also, nachdem man die Sozialdemokratie mundtot gemacht haben wird, an einem Wendepunkte in der Arbeiterbewegung Deutschlands. Galten wir den Kopf oben, machen wir uns die verwickelte Situation recht zu Nutze, so wird aus dem heutigen reaktionären Wirrwarr bald schon viel mächtiger, viel klarer wieder die Idee der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit emporsteigen, ja sie wird zur Wahrheit werden.

Wir sind's zufrieden!

Gedanken und Fingerzeige für die nächste Zukunft.

Nachdem Fürst Bismarck im Reichstage offen erklärt hat, die Regierung werde Alles aufbieten, den „gerechten“ Ansprüchen der Arbeiter Rechnung zu tragen und ein Verständnis herbeizuführen, unter Umständen sogar die Hand zur Gründung von Produktivgenossenschaften mit Staatshilfe zu bieten, kann es keinem Zweifel mehr unterliegen, wen und was die Ausnahmengesetze eigentlich treffen sollen. Den Sozialismus an und für sich treffen sie nicht, das sollen sie aber auch gar nicht, im Gegentheil! mit ihrer Hilfe will ja die Regierung gerade sozialistische und communisistische Einrichtungen einführen, wie Tabaks- und andere Monopole, Reichseisenbahnen u. dgl. m. Weil aber die liberalen Gränder sich gegen solche, das Eigenthum untergrabende Einrichtungen wehren, sollen sie mit Hilfe eben dieser Gesetze so an die Wand gedrückt werden, daß ihnen nicht bloß Hören und Sehen, sondern sogar das Quietschen ganz und gar vergeht. Uns kann's recht sein, Mitleid brauchen wir mit dieser blöden Heerde, die sich selbst an's Messer liefert, nicht zu haben, aber darunter mitleiden müssen wir eben auch.

Wir können unserer Freundin, der Regierung, natürlich nicht zumuthen, daß sie mit uns eine Ausnahme macht, und müssen es uns schon gefallen lassen, wenn unsere politisch-agitatorische Thätigkeit gleich der anderer Parteien auf 2/3, 5/6 oder auch noch mehr Jahre unterbrochen und vollständig lahm gelegt wird. Aber was liegt uns daran! Ueberlassen wir die Politik ruhig den

Herren Geist, Treitschke und anderen Größen „vom Fach“ und sehen wir uns unterdessen nach einem andern Felde für unsere Thätigkeit um. Mit der seitherigen Agitation ist ohnedies eine und zwar die schwerste Aufgabe erfüllt: die Massen der Enterbten sind aufgerüttelt und zum Bewußtsein ihrer Lage gebracht; kein Ausnahmengesetz, keine Macht der Erde ist im Stande, den gewaltigen Strom der sozialen Bewegung zurückzudrängen oder auch nur gar zu lange aufzuhalten; augenblicklich freilich arbeitet die vereinigte Reaction an einem gar gewaltigen Damme, mit dem sie die mächtige Bewegung aufzuhalten hofft.

In der That wird mancher fröhlich vorwärts stürmende Genosse seinen Eifer zügeln und sich eine kleine Ruhepause auferlegen müssen; eine solche, wenn auch unfreiwillige Ruhe aber wird nicht nur für den Einzelnen, sondern auch für die ganze Bewegung von den wohlthätigsten Folgen sein, neu gestärkt und mit frischen Kräften werden wir bald genug unsern Siegeslauf wieder aufnehmen, einweilen haben wir uns den Verhältnissen anzupassen. Wird unsere Presse unterdrückt, werden die Schriften eines Marx, Lassalle, Schäffle u. A. verboten und confiscirt, nun so schöpfen wir aus der unverfügbaren Quelle der Literatur aller Zeiten und Jonen von dem klassischen Alterthum an bis auf unsere Tage. Diese Quelle ist aber bis jetzt dem Volke verschlossen; die unsterblichen Werke unserer großen Dichter und Philosophen müssen dem Volke erst zugänglich gemacht werden, nicht bloß durch billige Herstellung derselben, sondern mehr noch durch geschickte Auszüge des Wichtigsten aus den oft voluminösen Werken, durch „Uebersetzungen“ nicht bloß fremder, sondern auch mancher vaterländischen Autoren in eine Sprache, welche das in unseren Volksschulen erzogene Volk versteht.

Als Beispiel, welchen Gedanken und Gefinnungen wir bei wahrhaft großen Männern begegnen, möge Folgendes dienen: Schreiber dieses hielt am 30. Mai einen Vortrag über Voltaire und Rousseau; derselbe war lediglich eine Blumenlese theils aus Voltaire und Rousseau selbst, theils aus neueren Werken, wie: Strauß, Sechs Vorträge über Voltaire; Budies Geschichte der Civilisation; Hettner, Literaturgeschichte des 18. Jahrhunderts. Trotzdem gewiß noch Niemand gesagt hat, diese fünf Autoren oder auch nur einer derselben seien Sozialdemokraten gewesen, konnte doch das am Orte hauende Reptil nachher behaupten: Redner, der also, wie gesagt, nur Aussprüche genannter Schriftsteller vortrug, habe sich durch seinen Vortrag als Sozialdemokrat vom reinsten Wasser gelenzeknet! Die Wahrheit ist, die hervorragenden Geister aller Zeiten und Völker sind mehr oder weniger Bahndreher des heutigen Sozialismus gewesen, oder vielmehr: dieser verfolgt im Großen und Ganzen dasselbe Ziel, um welches jene schon kämpften, und dieses Ziel ist die Befreiung der Menschheit aus den Fesseln der Knechtschaft und des Aberglaubens und ein menschenwürdiges Dasein für Alle.

Selbst solche Schriftsteller machen keine Ausnahme hiervon, welche, wie z. B. der „aristokratisch“ angelegte David Friedrich Strauß, nur für gewisse Klassen zu schreiben scheinen; unbewußt und unwillkürlich wirken sie doch für uns, für das ganze Volk; zu seinen „Wir“ zählte Strauß bekanntlich alle möglichen Leute: Gelehrte, Künstler, Beamte, Kaufleute, nur vom Volke spricht er nicht; derselbe Strauß aber, der Kanonen gegen die Sozialdemokraten anempfehlte, sagt auf S. 334 seines „Voltaire“: „Als Ziel müssen wir daran festhalten, daß alle Menschen die Fähigkeit und den Anspruch haben, wirkliche Menschen zu werden.“

Mit stilllichem Behagen bespricht Strauß auch das famose Testament des Abbe Reslier, der im Jahre 1733 als Pfarrer eines französischen Dorfs nach und in Form eines Vermächtnisses seiner Gemeinde ein dreibändiges Werk hinterließ, worin er seinen Pfarrkindern, denen er sein ganzes Leben lang den katholischen Glauben und Gehorsam gegen ihre Obrigkeit gepredigt hatte, seine wahren und eigentlichen Ueberzeugungen eröffnete. Zuerst bittet er seinen Gott um Verzeihung, daß er dreißig Jahre lang das Christenthum gelehrt habe; dann beschwört er seine Pfarrkinder, das Gewerbe von Lug und Trug, in dem ehrgeizigen Tyrannen und herrschsüchtigen Priester die Völker gefangen halten, zu zerreißen und die Vernunft als alleinige Führerin auf ihrem Lebenspfad anzuerkennen.

Diese Beispiele werden genügend gezeigt haben, daß unser Geist nicht zu hungern braucht, wenn man ihm auch die gewohnte Nahrung entzieht; oder sollte die Polizei auch Hand an diese Werke legen? Sollte sie dem Volke die ganze alte und neue Literatur mit Ausnahme der Bibel und einiger Gebetsbücher, sowie Gnein'scher und Treitschke'scher Geistesprodukte entziehen und verbieten? Consequenterweise müßte sie es thun, denn die

Werte der bedeutendsten und gefeiertsten Dichter und Philosophen bilden eine unerlöschliche Fundgrube staats- und religionsgefährlicher Aussprüche und Gedanken; die meisten dieser Männer waren aber auch während ihres Lebens allen möglichen Verfolgungen und Chikanen ausgesetzt. Daß dieselben heute von unserm liberalen Bürgertum gefeiert und bewundert werden, rührt zum Theil davon her, daß dasselbe ihre Worte gar nicht aus eigener Anschauung kennt — dazu ist es viel zu faul —, sondern nur aus Uebersetzungen und Commentationen bezahlter Schreiber. Würden diese frömmelnden Bourgeois sich die Mühe nehmen, statt der seit neuerer Zeit wieder Mode gewordenen Gesangbücher und der modernen Roman- und Schundliteratur, unsere klassischen Schriftsteller in in der „Ursprache“ und im „unverfälschten Uebersetz“ zu lesen, so würden sie mit Erstaunen und Entsetzen gewahr werden, daß dieselben höchst gemeingefährliche Umstürzler und Atheisten, häufig sogar Sozialdemokraten und Communisten vom reinsten Wasser waren.

Zum Schluß noch ein Wink für Gefinnungs-genossen, welche auch während der Ausnahmengesetze thätig sein wollen. Es wurde schon vorgeschlagen, allen möglichen Vereinen beizutreten oder solche zu bilden, wie Schach- und Kegelsclubs u. dgl., allein die Polizei wird wahrscheinlich ein scharfes Auge hierauf werfen und auch mit Recht, denn wie leicht könnte so ein Kegelsclub sich hohle Regel und Kugeln machen lassen und darin die scheußlichen Schriften eines Marx, Lassalle oder gar Lothar Bucher's, als er noch Mitglied der Internationale war, aufbewahren! Dagegen empfiehlt sich die Prosa, welche Schreiber dieses gewöhnlich befolgt. Derselbe hält einfach öffentliche und unentgeltliche Vorträge, zu denen Jedermann eingeladen wird; an Stoff fehlt es nicht, man macht das Volk bekannt mit seinen wahren Freunden und Wohlthätern von Demokrit und Aristoteles an bis auf Kant und Feuerbach, man feiert Gedanktage großer Todten oder die Geburtstage Lebender. Einfeinber hat schon zwei Jahre hintereinander den Geburtstag Darwin's gefeiert, warum auch sollte man zu Ehren der Fürsten im Reiche der Geister diese Tage nicht ebenso gut feiern, wie zu Ehren der weltlichen Fürsten?

Auch ist es lehrreich und interessant, das Leben solcher Männer zu betrachten, welche während ihrer Jugendzeit edlen Zielen nachstrebten, für Freiheit und Menschenwohl schwärmten und der Menschheit wirkliche Dienste geleistet haben, deren Leiber aber nun nach dem Absterben ihres Geistes zur Strafe für dessen jugendliche Sünden als Geheime Hof- und andere Rätze umgehen müssen. Wenn man vollends das kaum zu bewältigende, kolossale Gebiet der Naturwissenschaften bedenkt, so kann man der Regierung nur dankbar sein, wenn sie uns zu unsern Weiten zwingt, die gewohnte aufreibende Thätigkeit eine Zeitlang einzustellen und dagegen uns auf dem angebotenen Gebiete herumzutummeln.

Schließlich noch eine Warnung. Es könnte sein, daß man das Ausnahmengesetz im Anfang nicht einmal gar zu streng handhabt, sondern im Gegentheil in gleichmässiger Weise den Arbeiter zu überzeugen sucht, man habe mit ihm als Irregeleiteten und Missethater das tiefste Mitleid; daß man ihn in freundlicher Weise entgegenzukommen vorgiebt, indem man ihm den Eintritt in Gewerbe-, Arbeiterbildungs- und andere Vereine erleichtert und ihm weiß zu machen sucht, es geschehe hier mehr für seine Bildung, als in aufregenden politischen Versammlungen, und in der That könnte Mancher denken, wenn er die Anklündigung eines Vortrags über „den menschlichen Körperbau“, über „Canada“ oder über „die Kreuzzüge“ liest: Dabei kann ich gewiß etwas lernen, denkt dann wohl mancher Arbeiter, denn das sind Gegenstände, die am Ende ein Sozialdemokrat auch nicht viel anders behandeln kann, als der ankündigende liberale Advokat oder Professor. Dies ist aber ein schwerer Irrthum! Der Arbeiter sehe sich den Mann vorher genau an, ehe er in dessen Vortrag geht, und sollte dieser auch das unschuldigste Thema von der Welt, z. B. Vertilgung von Rebliäusen, Engerlingen oder Colarodoläfern behandeln. Die meisten dieser Vorträge, welche innerhalb bestehender Vereine gehalten werden, namentlich auch diese Wander-vorträge, werden im Dienste des Selbsts gehalten und sind Arbeiten, die neben den Arbeiten der Lebensmittelverfälscher feil sind!

Darum aufgepaßt auf die Begner, und lustig und muthig vorwärts im neuen Fahrwasser!

Sozialpolitische Uebersicht.
 Berlin, 14. Oktober.
 (Reichstag.) Fortsetzung der zweiten Verhandlung des Sozialistengesetzes.
 In der heutigen Sitzung kam die Debatte über

den Preßparagrafen des Umsturzgesetzes (§ 6) zu Ende. Nachdem am Sonnabend Herr von Hertling den Standpunkt seiner Partei (des Centrums) präzisirt, und Herr Bamberger die vollständige Verantwortlichkeit des Nationalliberalismus constatirt hatte, fiel heute Herrn Richter die Aufgabe zu, den geistigen Bankrott der Fortschrittspartei ad oculos (sichtbar) zu demonstrieren. Kleist-Regow, der dem fortschrittlichen Redner folgte, war ganz in seinem Element. In donnernden Worten deklamirte er gegen die Preßfreiheit, diesen Baustein aller Reactionäre, und fand geneigtes Gehör an den Regierungstischen. Graf Eulenburg erklärte mit dankenswerther Offenheit: die sozialdemokratische Presse soll vernichtet werden; das Gesetz muß rückwirkende Kraft haben. Was Windthorst dagegen zu sagen hatte, war im Ganzen sehr schwach — er hat wohl nie schwächer gesprochen —; und Herr Lasker, der für den Commissionsantrag und eine wenigstens einmalige Verwarnung (die aber gar keine ist, da das Verbot einer Zeitschrift schon auf Grund der ersten Verwarnung erfolgen kann) plaidirte, erreichte natürlich nichts anderes, als ein mitleidiges Lächeln des Grafen Eulenburg. So ist's nicht gemeint. Die Regierung will der Presse den Strick um den Hals legen, und läßt sich durch die frommen Wünsche des Herrn Lasker, der den Strick hat drehen helfen, nicht beirren.

Die letzte Illusion Derer, die gewaltsam, um ihr Gewissen zu beruhigen, an Illusionen festhielten, wurde durch das Referat des Herrn von Schwarze vernichtet, der die Eulenburg'schen Anschauungen nur etwas verwässert vorbrachte.

Die Sozialdemokraten, in deren Namen sich Liebknecht zum Wort gemeldet hatte, wurde durch einen Schlussantrag mundtot gemacht — ein Verfahren, das sich selbst richtet. Schon ehe an Windthorst die Reihe des Redens kam, war ein Schlussantrag gestellt, aber abgelehnt worden. Ebenso, als Lasker sprechen sollte. Man sieht, den Valentin sind wir los, allein die Valentine sind geblieben. Es wird jetzt mit Dampfgeschwindigkeit gehn.

Das Resultat der Abstimmung war, daß § 6 in jeder Fassung abgelehnt wurde. Gegen den Commissionsantrag stimmten die Conservativen, welche die rückwirkende Kraft sans phrase wollen; gegen die Fassung der Regierungsvorlage die Nationalliberalen, welche die Form zu wahren wünschen.

Mit der Ablehnung ist nicht das Mindeste gewonnen. Bei der dritten Lesung wird § 6 angenommen werden, und zwar voraussichtlich in der Form, welche die Commission vorschlägt. So hätten die Nationalliberalen einen Scheinstieg erfochten, der ihren thatsächlichen Verrath dem Publikum verhallen soll. Einen Scheinstieg. Denn in Wirklichkeit ist es ganz gleichgültig, ob dem Verbot einer Zeitschrift das Verbot einer Nummer vorausgegeben hat oder nicht — es ist einfach ein Unterschied von 24 Stunden — nichts weiter.

Die lehrreichste Rede in dieser Debatte war die des Herrn Bamberger. Er weiß genau, was das Gesetz bezweckt: es ist reactionär, es vernichtet die Preßfreiheit — für das Gesetz zu stimmen, ist ein Bruch mit allen liberalen Traditionen; aber er hat Angst vor dem rothen Gespenst, die Gefahr, welche von der Reaction droht, welche vom Staatssozialismus droht, schrumpft zu Nichts zusammen angesichts des Schreckbilds der Sozialdemokratie. Mit offenen Augen stürzt er in den Sumpf der Reaction und proklamirt die politische Abdankung des Nationalliberalismus, dieses „armen Sünders“.

Man hätte erwarten können, daß Herr Eugen Richter als Vertreter des Bürgerthums gegen die Bamberger'sche Rede protestirt und für das „Balladium der bürgerlichen Freiheit“, wie man die Preßfreiheit mit Recht genannt hat, eine Lanze gebrochen hätte. Doch auch ihn lähmte die Angst vor der Sozialdemokratie; und so hat die Regierung des Fürsten Bismarck den beispiellosen Triumph erlebt, daß die deutsche Bourgeoisie ihr vornehmliches politisches Grundrecht freiwillig, selbstmörderisch geopfert hat.

Die Geschichte keines anderen Kulturlands bietet eine Parallele.

Die Sozialdemokratie kann mit dem Verlauf dieser Debatte, wie überhaupt der gesamten Debatte über das Ausnahmegesetz zufrieden sein: es giebt in Deutschland keinen Liberalismus mehr; das Bürgerthum, in seinen verschiedenen Parteien, hat politisch abgedankt und bildet mit den Conservativen „eine reaktionäre Masse“.

Die Fahne der Freiheit, die das Bürgerthum feig weggeworfen hat, flattert jetzt nur noch in den Reihen der Sozialdemokratie, der „Partei der Geächteten“, und wird von ihr zum Siege getragen werden — trotz alledem und alledem.

— 15. Oktober.

Der Reichstag ist erschöpft — das sieht man ihm an, und das hört man ihm an. Selangweilte, abgepannte Gesichter — und nicht ein neuer Gedanke, nicht ein unerwartetes Gefühlsausbruch, der die träg, schlammartig sich dahin wälzende Debatte belebt. Und doch schloß es heute nicht an Anlaß, die Geister aufeinander plagen zu machen. § 16 und § 19 wurden behandelt. Der Ausweisungsparagraf und die Verschwerdeinstanz. Ersterer führte zwar eine Anzahl Redner in die Arena (den süddeutschen Streiber Schmid, Reichensperger, Puttkammer, Regierungspräsident von Schlesien, Bennigsen zweimal, Radziwill, Eulenburg zweimal, Heßdorf, Hänel, Friedberg, Brül, Schwarze), aber man merkte es Jedem an, er sprach bloß ex officio, weil es so sein mußte, um den Schein zu wahren. Was kommt auch auf die nebensächlichen Details an, wenn einmal die Hauptsache beschloßen ist? Wenn Jemand todgeschlagen werden soll, dann ist es wahrhaftig höchst gleichgültig, ob man ihm einen kleinen Buß mehr oder weniger giebt. Freilich mit dem Todschlag hat's gute Weile. Doch das macht nichts; der Wille ist wenigstens da.

Interessant waren bloß die Schlaglichter, die Reichensperger auf die preussischen Justizverhältnisse warf, speziell auf die Epidemie der Majestätsbeleidigungsprozesse und die enormen Strafen, welche verhängt worden sind. Der Hieb sah so gut, daß die Regierung eine zweiseitige Antwort nötig hielt; durch Eulenburg junior und Friedberg. Letzterer bespricht, daß Seitens des Justizministeriums irgend ein Erlaß an die Staatsanwälte und Richter ergangen sei, mit der Ermahnung, das Gesetz strengstens zu handhaben. Graf Eulenburg aber enthielt eine heftige Verurtheilung des Demunziantengeindels und das Geständniß, daß es besser gewesen sei, viele Majestätsbeleidigungsprozesse wären unterblieben, ein Geständniß, dem sich ein Ausdruck des Bedauerns angeschlossen, daß nicht verschiedene der Majestätsbeleidiger in flagranti vom Publikum bestraft worden seien! Für einen Minister, der über Aufrechterhaltung der Ordnung und der Gesetze zu wachen hat, freilich eine sehr bedenkliche Aeußerung, die in dem Rufus von den sozialdemokratischen Vätern: Lynchjustiz! Vierseidell ihre passende Kritik fand.

Herr v. Schwarze, der seinen reaktionären

Ruf noch zu übertreffen sich abquält, gab, im Einklang mit Eulenburg, dem § 16 die möglichst reactionäre Deutung. „Die Regierung muß freie Hand haben, sonst ist das Gesetz unnütz“ — das war der langen Rede kurzer Sinn. Graf Eulenburg aber hatte es speziell auf den armen Lasker abgesehen: er verammte ihm den Weg, indem er mit wünschenswerther Offenherzigkeit erklärte: Es soll dies ein Polizeigesetz sein und nicht ein Rechtsgesetz. „Wo bleibt da der Rechtsstaat, Herr Lasker?“ fragen wir mit Windthorst. Natürlich schwierte der Erfährer der nationalliberalen Partei, die ebenfalls „Er“ ist.

Das Resultat der Abstimmung über § 16 war genau dasselbe, wie gestern über § 6 — die Conservativen (welche der Polizei das Recht geben wollen, die „Agitatoren“ sans façon auch aus dem Wohnort auszuweisen) stimmten gegen die Commissions- und die Nationalliberalen gegen die Regierungsvorlage. Und so erhielt keine Fassung die Mehrheit. Nun — in der dritten Lesung wird die Mehrheit sich schon finden. Die Conservativen werden gewiß das Bennigsen'sche Angebot, im § 20 (Civilbelagerungszustand) den Wohnort fallen zu lassen, d. h. die Austreibung der Agitatoren auch aus ihrem Wohnort zu bewilligen, mit äußerlichem Schmolken und innerlichem Gaudium acceptiren. Den Civilbelagerungszustand kann die Regierung ja proklamiren, wann und wo es ihr beliebt. „Mein Liebchen, was willst du noch mehr?“

Zu § 16a (Bestrafung der Wirthschaftler) sprach bloß Wiemer, der die Nonprofität dieser Bestimmung schlagend nachwies, was natürlich die Annahme nicht hinderte.

Die Debatte über § 19 (die §§ 16b und 18 — § 17 fällt aus —) gab zu gar keiner Debatte — sie dauerte 2 Stunden und 10 Minuten —, qualitativ steht sie unter jeder Beurtheilung, ist sie unter aller Kritik. „Die Juristen“ paulten auf einander los. Für uns macht es keinen Unterschied, ob die „Obercensurbehörde“ (richtiger der Obercensurath) ein paar Individuen mehr oder weniger zu Mitgliedern zählt und wie diese Individuen sich betheiligen: Justizrichter, Verwaltungsrichter oder simple Bundesräthe. Diesen total irrelevanten Detailfragen gegenüber haben wir nur das Gefühl absolutester „Wichtigkeit“, um à la Bismarck zu reden.

Die heutige Sitzung dauerte von 10^{1/2} bis nach 4 Uhr. Ein Versuch der Junkerfraktion, das Haus zu einer Abend Sitzung zu nothdürftigen, wurde von der todtnüthen Majorität abgelehnt.

Morgen wird die zweite Lesung beendet. Donnerstag ist frei für die Fraktionsberatungen und das Coullissenpiel. Und Freitag und Sonnabend hofft man mit der dritten Lesung fertig zu werden, was allerdings ohne Anwendung der Schlussantrags-Perücke nicht möglich sein wird.

— Das frühere Organ der Bismarck'schen Politik in Oesterreich, eines der Hauptblätter der Bourgeoisie, der „Pester Lloyd“ äußert sich in einem Leitartikel in einer Weise über das deutsche Sozialistengesetz, daß wir denselben aus preßgesetzlichen Gründen nicht ganz abdrucken können. Doch wollen wir es uns nicht versagen einige Auszüge zu bringen. Da heißt es:

„Der ganzen politischen Welt außerhalb Deutschlands wird dieses Gesetz ein unerklärliches Räthsel sein. Fürst Bismarck behauptet, dieses Gesetz sei notwendig, weil die Freizügigkeit, die Preßfreiheit und die milderen Normen des Strafgesetzbuches in Deutschland unerträgliche Zustände der Verwirrung geschaffen hätten.

Wir fragen uns, wie es möglich sei, daß Einrichtungen und Gesetzbestimmungen, welche in Oesterreich, Ungarn, Italien, Frankreich, Belgien, kurz in ganz Europa, soweit es nicht moskowitzisch oder türkisch ist, ohne jede öffentliche Gefahr funktionieren, gerade in Deutschland die Fähigkeit haben sollten, den Staat in seinem Grunde zu erschüttern? „Ein Staat ist frei,“ sagt Engel, „wenn seine Gesetze seiner Bestimmung entsprechen.“ Wir würden es aber wie eine durch Nichts gerechtfertigte Verleumdung des deutschen Volkes ansehen, wenn Jemand sagen wollte, dieses Gesetz, das Sozialistengesetz, entspreche der Bestimmung des deutschen Volkes. Dieses Gesetz giebt der Regierung nicht, wie Fürst Bismarck sagt, „eine Art der Diktatur“, sondern es verleiht derselben die Diktatur, die schlimmste Form des civilen Belagerungszustandes, die in friedlicher Zeit in einem Lande, das man nicht durch das Schwert erobert hat, irgendwie denkbar ist. Ganz unglücklich ist es, daß Deutschland in einen Zustand solcher Erniedrigung verfallen sei, lediglich weil es die Freizügigkeit und eine im Ganzen recht bescheiden geartete Preßfreiheit eingeführt hat. Bielmehr glauben wir, daß die Ursache des in der That bestehenden Uebels nicht durch eine so oberflächliche Prüfung gefunden werden kann, wie sie in der Rede des großen Kanzlers enthalten ist. Wahr ist es, daß der Sozialismus nirgends mehr Anhänger zählt, als in Deutschland, und daß er nirgends so sehr die Formen einer geschlossenen Gesellschaft — man könnte sagen einer Armee — angenommen hat, wie in Deutschland. Allein, wenn die Gesetze der Weltwirtschaft nicht ein verschlossenes Buch sind, der wird an dieser Erscheinung nichts Ueberraschendes zu entdecken vermögen. Die staatliche Ordnung Deutschlands, wie die Politiker sie eingerichtet haben, der Staatsgedanke, wie die deutsche Wissenschaft denselben entwickelt hat, sind den Gedanken und Zielen des Sozialismus innig verwandt. Die Unterordnung des Einzelwillens unter den Gemeinwillen ist in der politischen Welt das, was die Verwandlung des privaten Kapitals in einheitliches Kollektivkapital in der wirtschaftlichen Welt ist. Hat ein Volk gelernt sich der eisernen Fucht des politischen und militärischen Sozialismus zu unterwerfen, dann wird es sicherlich — in schlechten Tagen zumal — auch den wirtschaftlichen Sozialismus goutiren. „Alles, was die Massen als ein Ganzes abrichtet, sagt Schaffle in einer Arbeit, welche durchaus keinen politisch-polemischen Charakter trägt, was centralisirt, was öffentliche Zusammenfassung der Einzelkräfte in größtem Maße in sich schließt, das hat etwas dem Sozialismus durchaus Verwandtes.“ Der Militarstaat führt zum Sozialistenstaat, wer das nicht einseht, dem fehlt jede Einsicht. Der ungeheure Staatsaufwand, die Milliarden für unproduktive Militärausgaben, der Steuerdruck, der immer mehr Personen aus der Bürgerklasse in die Proletarierklasse zurückstößt, das Alles vermehrt die Arbeiterbataillone und verleiht ihren Bestrebungen jenen moralischen Inhalt, der ihnen ehemals vielmals abging. Das in Deutschland diese Gefahr sich am bedrohlichsten zeigt, das kommt nicht daher, weil die Post die Zeitungen zu wohlfeil befördert, oder weil die Freizügigkeit eingeführt worden ist, sondern es kommt daher, weil Deutschland der oberste Sitz des Militarismus ist, dieser großen Versuchstation des Sozialismus.

Die heutige Bewegung des vierten Standes zieht ihre Kraft aus der Unbehaglichkeit, in der sich der dritte Stand befindet. Tag für Tag kommen aus dem Bürgerstande die Rekruten für den vierten Stand und es ist kein Wunder, daß sich in der Reihe auch zeitweilig einige Kopfarbeiter finden

Den Reichstagsabgeordneten.

(Zur Erinnerung an die Abstimmung über das Sozialistengesetz im Oktober 1873.)

Ihr habt die Formen wohl zerbrochen,
Die mit der Freiheit Geist gefüllt,
Die Formen nur, die Herzen pochen,
Die an der Freiheit Brauß gefüllt;
Ihr schlägt die Wahrheit wohl in Wanden,
Ihr knetet Schrift und Druck und Wort,
Und dennoch macht sie euch zu Schanden,
Sie redet stumm berebter fort!

Was als gemeines Recht verpfändet,
Für Alle unantastbar galt,
Ihr selbst habt dieses Recht geschändet,
Ihr überliefer't's der Gewalt.
Ihr habt's gemacht zur feilen Dirne,
Die ihre Flatterzunge lenkt:
Ein Brandmal flammt auf eurer Stirne,
So lang' man eure Namen nennt!

Es wird auf eurer Stirne glähen,
Das Mal, das eh'los euch gemacht,
Trotz aller eurer „Liebesmühen“,
Wird euch nicht lohn, nicht Dank gebracht;
Man meidet euch gleich jener Dirne,
Von der man angefesselt schied;
Man flieht die „liberale“ Stirne,
Wie man eh'dem den Aussatz mied.

Nur zu! Wir achten nicht der Fehde,
Die immer heißer nun entbrennt,
Ihr raubt der Arbeit Wort und Rede,
Ihr raubt die Gedanken, wenn ihr könnt!
Ihr raubt das Brot aus uns'rem Munde,
Den Trank, der faug genug uns rinnt;
Es flucht euch jede Sorgenstunde,
Es flucht euch Mann und Weib und Kind!

Ihr hegt das Raubthier in dem Garten;
Ihr schüht das Wild in Wald und Flur,
Ihr laßt dem Roffe sanft aufwarten,
Der Arbeit Sohn ist schuplos nur;

Ihr liefert uns gleich den Verderbten
Rechtslos hinaus der Polizei,
Und gebet die von euch Entertten
Der größten Willkür vogelfrei.

So sei's! Verriegelt Hans und Hütte,
Dah ja kein Wort der Freiheit naht,
Verfehmt des Freundes treue Schritte,
Verfehmt der Liebe stille That;
Verhüllt das Licht aus blauer Ferne,
Dah nur ein düp'ter Himmel weint,
Verbedet Sonne, Mond und Sterne,
Dah ja kein Licht der Freiheit scheint!

Ihr hemmt sie nicht! Sie dringt durch Spalten,
Sie quillt als Hauch von Mund zu Mund,
Läßt sich nicht fassen, sich nicht halten
Und giebt sich treuen Seelen kund;
Sie perlt in jeder stillen Thräne,
Im Herzen ist ihr wohl gegönnt
Der beste Plag. Kein Scherge wägne,
Dah er ihr dahin folgen könnt.

Doch wieder seh' ich sie zu Roffe,
Das rothe Banner in der Hand;
Sie jagt, an Schelle dem Geschosse
Gleich, durch das weite deutsche Land.
Sie streut auf ihren Ruhmeswegen
In's Land hinein wohl Saat auf Saat —
In allen Säuen spricht der Segen
Dann auf zur großen Freiheitthat.

Eine Warnung.

Unser österreichisches Bruderorgan, der „Sozialist“ in Wien, schreibt:
Die Preßorgane der Regierung und der österreichischen Bourgeoisie bemühen sich nach Kräften, die österreichischen Arbeiter zur Auswanderung nach den „angegliederten“ Provinzen Bosnien und Herzegowina zu verleiten; nach den Schilderungen, die die erwähnten Blätter von den Erwerbsverhältnissen in jenen Ländern entwerfen, müßte man annehmen, daß dies das Land sei, in dem, wie die Bibel erwähnt, Milch und Honig fließt

und daß dort, wie ein triviales österreichisches Sprichwort sagt, jedem Einwanderer die gebratenen Bögel in den Mund fliegen. Da es leider noch immer Leute genug in Oesterreich giebt, die jedem gedruckten Worte Glauben schenken, so halten wir es für angezeigt, an dieser Stelle an die österreichischen Arbeiter einige Worte der Aufklärung, die den Vorzug der Wahrheit haben, zu richten.

Es ist Jedem bekannt, welchen Entbehrungen die österreichisch-ungarischen Truppen seit ihrem Einmarsch in Bosnien bis heute ausgeht sind, daß sie beständig selbst an den für einen Europäer als unentbehrlich geltenden Dingen Mangel leiden und daß sie in fast allen zum Leben Nothwendigen auf die Versorgung aus dem Mutterlande angewiesen sind, da das okkupirte Land selbst für die Befriedigung der einfachsten Lebensbedürfnisse keine oder nur unzureichende Produkte liefert; es ist weiter bekannt, daß seit dem Beginne der Insurrection, also seit mehr als drei Jahren, in Folge wiederholter Verwüstungen und blutiger Kämpfe, die alle produktive Arbeit lahmlegten, der Ertrag der Ernte, der unter normalen Verhältnissen eine bedeutende Ausfuhr ermöglichen würde, nicht einmal für die Bewohner des Landes hinreichte, so daß eine fast ununterbrochene Hungersnoth den ärmeren Theil der Bevölkerung heimsuchte. Es ist ferner durch erschütternde Thatfachen constatirt, daß theils durch die Rohmaterialien, theils durch die Christen Tausende von menschlichen Wohnstätten zerstört wurden und auf diese Weise für einen großen Theil der Bevölkerung wenigstens für die unangünstige Jahreszeit ein dauernder Aufenthalt in je dem Lande nur unter Enttragung fast übermenschlicher Entbehrungen und mit Gefahr des Lebens möglich geworden ist. Selbst unsere Soldaten, die gewöhnlich an Strapazen gewöhnt sind, lieferten in Folge dieses Umstandes und in Folge der unzureichenden Nahrung bereits ein Contingent von über zehntausend Kranken. Und haben nicht selbst die bosnischen Flüchtlinge, die gegenwärtig in Oesterreich-Ungarn „beberbergt“ werden, den Wiederaufbau ihrer Wohnstätten zur Vorbedingung für die Rückkehr nach ihrer Heimath gemacht?

Zustände also, die selbst in den Augen der gewöhnlich nicht durch Bedürfnisse überreizten bosnischen Flüchtlinge als unerträglich gelten. Zustände in Folge deren tausende unserer Soldaten verheerenden Krankheiten anheimfallen, werden von unserer Regierungspresse und den Preßorganen der österreichischen Kapitalisten nicht bloß für genügend für die österreichischen Arbeiter befunden, sie werden sogar in den schönsten Farben dargestellt und es wird den Arbeitern ans Herz gelegt, sich dort das Fieber und in dessen Folge den Tod zu holen.

Die Herren, die den Arbeitern den Rath geben sich nach Bosnien zu begeben, haben freilich Grund genug, die Auswanderung der Arbeiter in das neue Eldorado der österreichischen Kapitalisten zu wünschen; die Kapitalisten wollen da unten Geschäfte machen, das eble Handwerk der Ausbeutung, das bei uns gegenwärtig nicht florirt, in den neu gewonnenen Ländern fortführen. Die guten Bosnialen wissen noch nichts vom Krauch, haben die faulen Grundrunden noch nicht kennen gelernt und sind mit jener Geschäftsmoral, deren Vertreter mit dem Kermel das Zuchtthaus kreifen, noch nicht vertraut. Aus ihnen läßt sich also noch etwas herauspressen.

Konkurrenz von außen ist vorläufig noch nicht zu befürchten und die Bosnialen selbst besitzen noch zu wenig „Kultur“, um in der besten Methode der Ausbeutung fremder Arbeitskraft in unsern heimischen Weisern zu konkurriren. Der Boden ist reich an Schätzen, die bisher unangebeutet geblieben sind, eine gefährliche Konkurrenz nicht vorhanden, die Bevölkerung in ökonomischer Beziehung unschuldig und unwissend — wann denn doch eine bessere Gelegenheit für die österreichischen Kapitalisten gegeben, einen ungewöhnlich großen Unternehmerrögen aus der Arbeitskraft herauszuschlagen? Zum Leidwesen für die Kapitalisten sind die unten vorhandenen Arbeitskräfte, trotzdem sie sich durch große Bedürfnislosigkeit auszeichnen, vorderhand nicht zu gebrauchen; einseitig stehen sie den Eroberern durch den Gegensatz von Religion und Nationalität zu feindselig gegenüber, um in kurzer Frist denselben dienstbar

und daß die kleinen Beamten, wie Fürst Bismarck sagt, sich mit den Bestrebungen des letzten Standes verwandt fühlen. Das ist aber nicht den Bauernkriegen zu vergleichen und nicht den Streitigkeiten innerhalb der alten Gilden. Vergleichen sagt man heutzutage höchstens noch den Schülern in den Unter-Gymnasien und auch sie glauben's nicht, wenn sie die Köpfe nicht ganz vernagelt haben."

Wir wollen über einzelne Behauptungen, denen wir natürlich nicht beipflichten, hier nicht mit dem „Besitzer Lloyd“ polemisieren, sondern nur einfach noch den Schlusssatz des Artikels abdrucken:

„Das Bedauern der freien und civilisirten Nationen Europas wendet sich dem Volke zu, daß nicht anders regierbar ist, als durch solche Gesetze, oder, wenn es anders regierbar, doch — — — ist, sich durch solche Gesetze regieren zu lassen.“

— Kampf gegen Windmühlen. Der § 1 des Sozialistengesetzes wendet sich gegen sozialdemokratische Vereine und der § 5 gegen sozialdemokratische Versammlungen. Nun ist notorisch, daß in ganz Deutschland nur noch circa 15 dergleichen Vereine, die man aufheben kann, existieren und Versammlungen? Die können Dank der Polizei in Deutschland schon längst nicht mehr abgehalten werden. Weshalb denn nur all diese Liebesmühen im Bundesrathe und im Reichstage. Vielleicht nur deshalb, um Don Quixote-Bamburgen und Sancho-Panzer noch mehr bewundern zu können. Wir meinen doch, beiden wären die moralischen Rippen längst durch Windmühlensügel zerquetscht worden.

— Robbertus gegen Bismarck. Herr von Bismarck hat bekanntlich in seiner letzten Rede darauf hingewiesen, daß die Sozialdemokraten kein positives Programm hätten — den Beweis wollte er dadurch erbringen, daß die Pariser Commune während ihrer Herrschaft nicht einmal Versuche auf sozialem Gebiete gemacht habe. Wie Unrecht hier Bismarck hat und wie vernünftig die Commune war, das lehrt uns Robbertus, der von Bismarck so sehr gelobte, in seinem „Offenen Brief“ den er 1868 an das Comité des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins nach Leipzig schrieb. Derselbe heißt es:

„Nicht eine Klasse allein, nur ein menschliches Geschlecht, ein allgemeines Geschlecht der Staatsgewalt kann Ihnen helfen. Aber dieses Geschlecht kann nur im tiefsten Frieden, mit der Zustimmung aller übrigen Klassen gegeben werden. Der Hohn, mit dem man den Arbeitern vorwirft, daß sie dies nicht unter den Stürmen einer Revolution, als sie in Frankreich ein paar Wochen lang die Macht in Händen hatten, zu thun vermochten, mag Ihnen Bürge sein, daß dem Eigennutz, der sich Ihren Bestrebungen entgegenstellt, die friedliche Lösung allein die gefährliche erscheint.“

Robbertus hat hier natürlich die Revolution von 1848 im Auge — doch was für diese gilt, gilt auch für die von 1871. — Wunderbar, daß der Fürst Reichskanzler verschiedene soziale Schriftsteller lobt, ohne ihre Schriften zu kennen.

— Zur Affaire Bismarck-Sonnemann sagt selbst die „Kölnische Zeitung“, daß Bismarck besser gethan hätte, ihm (Sonnemann) „nur solche Dinge vorzuwerfen, die sich beweisen lassen!“ Wie wir hören, will Sonnemann am Schlusse dieser Session nochmals im Reichstage den Reichskanzler auffordern, die Verbindungen der „Frankfurter Zeitung“ mit der französischen Regierung nachzuweisen. Bismarck wurde bei dieser Gelegenheit

werden, andererseits aber sind sie überhaupt jener Art von Arbeit abgeneigt, die eine fortdauernde, regelmäßige und körperlich aufreibende Thätigkeit erfordert. Wir sehen davon ganz ab, daß die Bewohner jener Gebiete in vielen Zweigen industrieller Arbeit gänzlich unbewandert sind, und in Folge dessen jener Vorkenntnisse entbehren, die zu ihrer Ausübung erforderlich sind.

Die Zufuhr fremder Arbeitskräfte ist also zur Erreichung jenes Zweckes, auf den es den österreichischen Kapitalbesitzern ankommt, unbedingt erforderlich; es ist demnach gar nicht auffallend, daß die österreichischen Bourgeoisblätter alles aufbieten, um die Auswanderung nach Bosnien für unsere Arbeiter so verlockend als möglich zu schildern; und wenn sie das auf Kosten der Wahrheit thun, wenn sie durch ihre Erfindungen und Uebertreibungen das Unglück vieler Leichtgläubiger verschulden, die den Sirenenrufen Gehör schenken und die Wanderung in's „gelobte Land“ in der Hoffnung antreten, dort eine Beendigung ihres Leidens und ihrer Noth zu finden, so kann sich darüber auch nur derjenige wundern, der die Vertreter unserer Presse nicht kennt, und dem es unbekannt ist, daß die Uebertreibungen dieser „Journalisten“ durchwegs von ihrem persönlichen materiellen Interesse diktiert werden.

Die Regierungspresse stößt in dieselbe Reklamekompete für Bosnien, weil eben auch in diesem Falle wie fast immer die Interessen unserer Geldmänner und der Regierung parallel laufen.

Auch politische Gründe erklären das Verhalten der offiziellen Blätter; es kann der Regierung natürlich nur angenehm sein, wenn soviel als möglich österreichische Elemente sich unten ansiedeln, weil dadurch die „Kulturmission“ unserer Armer, nämlich die dauernde Niederwerfung der Insurrektion und die spätere Einkerkerung des Landes in die Monarchie erleichtert wird. Jeder dieser Einwanderer wird in seinem eigenen Interesse gezwungen sein, die Dienste eines freiwilligen Okkupationsoldaten zu verrichten und wird dadurch die Ausgaben für den militärischen Aufwand verringern.

Außerdem hat die Regierung den nicht zu

aus dem Hause bekanntlich „zur Sache“ gerufen. Die „Volkszeitung“ liest dem Fürsten in Anknüpfung an diesen Vorgang derb den Text und stellt die übrigens sehr naive Frage: „Sprach er zur Sache, als er allem parlamentarischen Gebrauche zuwider das publizistische Organ eines der anwesenden Abgeordneten mit einer Anklage bedachte, die mit dem Gegenstande der Berathung ungefähr ebensoviel zu thun hatte, wie etwa die Verlobung der Gräfin Bismarck?“

Gewiß sprach Herr von Bismarck zur Sache, und zwar entschieden zur Sache, so behaupten wir. Oder glaubt die „Volkszeitung“, es sei nicht zur Sache gesprochen, wenn bei Berathung eines solchen Gesetzes ein oppositionelles Vorkörper der Polizei schon im Voraus zur Confiskation resp. zum Verbote bezeichnet wird? Erst der „Vorwärts“, dann die „Frankfurter Zeitung“, dann die „Germania“, dann die „Volkszeitung“, dann am Ende noch gar die „Magdeburger Zeitung“, wenn bei irgend einer Reichstagsparade eine der drei Compagnien aus dem Tritt kommt — nun wird die „Volkszeitung“ doch merken, was eine Sache ist.

— Die Armeen gegenüber der Sozialdemokratie. Unter vorstehender Ueberschrift bringt die „Gegenwart“ einen Artikel, in welchem folgende Maßregeln vorgeschlagen werden, um das Heer vor der sozialistischen Propaganda zu bewahren: 1) Abschließung der Soldaten in außerhalb der Städte gelegenen Kasernen. 2) Verbot verdächtiger Lokale. 3) Strenges Verbot der sozialistischen Kaspertage. 4) Gelegentliches Fahren auf sozialistische Schriften in den Kasernen. 5) Erweiterung des ezimirten Gerichtsstandes des Militärs. 6) Pflege und Centralisation der Kriegervereine, die kein sozialdemokratisches Mitglied dulden dürfen. Der Verfasser macht außerdem die Sozialdemokratie direkt für die letzten Attentate verantwortlich und bringt ganz werkwürdige Enthüllungen über militärische Vorkehrungsmaßregeln, die anlässlich der Attentate in Berlin getroffen worden sein sollen. Speziell nach dem zweiten Attentate habe man in militärischen Kreisen an eine bewaffnete Erhebung der Sozialdemokratie geglaubt. — Man sieht, daß das deutsche Reich auf thönernen Füßen steht, da es nur durch Ausnahmegeetze und durch Militär aufrecht erhalten werden kann. Die Sozialdemokratie aber ist, wie man hier sieht, eine Macht, vor der ganze Reich zittern!

— Der zweite unedische (antisozialistische) Arbeiterkongress wurde am vorigen Sonntag in Dresden eröffnet. 52 Mandate vertreten 42 Körperschaften mit circa 46.700 Mitgliedern. Zum Präsidenten des Congresses wurde Dr. Max Hirsch (Berlin), zum ersten Vizepräsidenten Noth (Chemnitz) und zum zweiten Vizepräsidenten Walter (Dresden) gewählt. Dem von dem General-Sekretär Kessler (Berlin) erstatteten Jahresbericht zufolge, zählt der Congress gegenwärtig 130 persönliche und 94 körperschaftliche Mitglieder, und zwar bestehen die Letzteren aus 9 Bürger-, 1 kaufmännischen Verein, 8 Bildungsvereinen, 9 fortschrittlichen und 10 nationalliberalen Wahlvereinen, ferner aus 13 Bezirksvereinen, 17 Orts- und Gewerksvereinen, 12 Gewerbe- und Handwerkervereinen, 2 Vorkauf- und Sparvereinen, 2 technischen resp. Beamtenvereinen und 1 freien Vereinigung. Das Volkliche telegraphische Büreau berichtet selbstverständlich, daß die bösen Sozialdemokraten wieder das friedliche Werk durch Fischen und Lärmen zu stören gesucht hätten. Diese übertriebene Mittheilung beschränkt sich jedoch auf die höchst einfache Thatsache, daß,

unterschiedlichen Vortheil von den Auswanderern nach Bosnien, daß sie dadurch eine Anzahl Unzufriedener los wird, die dann statt für eine Verbesserung ihrer Lage im eigenen Lande zu wirken, gegen die Insurgenten im Interesse des Staates thätig sein müssen.

Das Hauptorgan unserer Fabrikanten, die „Deutsche Zeitung“ in Wien, fabelt von den hohen Löhnen, die in Bosnien gezahlt werden und führt als Beispiel an, daß in Serajewo ein Tagelöhner zwei Gulden verdient; und unmittelbar vorher liest man in demselben Blatte, daß ein Brot, welches bei uns 10 Kreuzer kostet, in Serajewo nur um 40 Kreuzer zu haben ist, daß der schlechteste Wein die Flasche einen Gulden kostet, und daß überhaupt die unentbehrlichsten Lebensmittel nur zu horrenden Preisen zu haben sind. Wohnungen sind kaum zu bezahlen. Und dabei bekommt ein Tagelöhner den „hohen“ Lohn von zwei Gulden! Wenn selbst unser Fabrikantenblatt nicht umhin kann, solche Mittheilungen zu machen, wie wird es erst in Wirklichkeit ausfallen?

Unter solchen Umständen die Arbeiter aufzufordern, nach Bosnien auszuwandern, jetzt, da die kalte Jahreszeit beginnt, die in Bosnien bei dem herrschenden Mangel an geeigneten Wohnstätten für die Armuth gleichbedeutend mit dem sichern Tode ist, ist eine Handlung, deren moralische Kennzeichnung wir unseren Lesern überlassen. Unsere Aufgabe war nur, die Arbeiter zu warnen; haben wir sie gewarnt, nach Amerika zu wandern, wo ein Gewerbe früher sicherer war, wo wenigstens Leben und Gesundheit besser bewahrt war, so haben wir um so mehr Grund, vor Bosnien zu warnen. Denn die Auswanderung nach Amerika war auch unseren Kapitalisten ein Dorn im Auge, weil sie dadurch Arbeitskräfte verloren und die Konkurrenz unter den heimischen Arbeitskräften vermindert wurde; in jenem Falle agitirten sie deshalb gegen die Auswanderung. Jetzt aber handelt es sich für sie blos um eine ihnen passende Verschönerung der überflüssigen Arbeitskräfte, um auf solche Weise auch die durch die Krise bestrafungslos Gewordenen auszubuten.

Wir haben die Beweggründe bloßgelegt, aus

als der brave Max in seiner Eröffnungsrede die Sozialdemokratie in seiner gewöhnlichen Weise insultirte und darob ein frenetischer Jubel unter seinen Anhängern ausbrach, die anwesenden Sozialdemokraten ihre Mißbilligung durch Fischen demonstrieren und darauf den Saal verlassen.

Wir erhalten folgende Zuschrift:

„In Nr. 120 des „Vorwärts“ vom 11. Oktober 1878 befindet sich ein Irrthum, der nachtheilig werden kann. Es heißt dort: „Rechtsverbindlich wird aber auch dann das Gesetz erst mit dem 14. Tage nach Ablauf desjenigen Tages, an welchem das betreffende Stück des Gesetzblattes in Berlin ausgegeben worden.“ Dieser Termin des Geltungsanfangs eines Reichsgesetzes bestimmt die Reichsverfassung (Art. 2) nur für den Fall, daß „nicht in dem publizirten Gesetze ein anderer Anfangstermin seiner verbindlichen Kraft bestimmt ist.“ Diese Voraussetzung trifft für das fragliche Gesetz in der Fassung der Regierungsvorlage wie der Commission nicht zu. Nach derselben soll das Gesetz sofort in Kraft treten. Es entscheidet also für den Geltungsanfang der im Gesetz selbst bestimmte Anfangstermin, und diese Bestimmung wird voraussichtlich beibehalten werden.“

Auch durch diese „Berichtigung“ scheint uns die von uns nach der „Berliner Freien Presse“ gebrachte Notiz noch nicht klargestellt. Unsere Reichstagsabgeordneten würden gut thun, sich an kompetenter Stelle näher zu erkundigen.

— Unserer Parteigenossen diene zur Nachricht, daß gegenwärtig fast alle nur halbwegs bekannte Sozialdemokraten in Deutschland von der Polizei sorglich überwacht werden. Jede noch so harmlose Privathandlung und jede Privatäußerung wird, wenn es möglich ist, fein säuberlich aufgezeichnet und registriert, um nach Erlass des Sozialistengesetzes möglichst viele Anhaltspunkte zu besitzen. Alle solche Spionagen müssen gleichfalls fein säuberlich parirt werden — oder sollte die Polizei in Deutschland klüger sein, als unsere Parteigenossen? Gewiß nicht! — Ferner machen wir darauf aufmerksam, daß das Ausnahmegegesetz viele Opfer fordern, viele Existenzen vernichten wird. Ueberall sind deshalb Gelder zu sammeln — nur hat der Betreffende sich nach Erlass des Ausnahmegesetzes vor Confiskation zu hüten — und dieselben schleunigst an die bekannten Adressen zu senden. Besonders werden in der kommenden Zeit die wohlhabenderen Parteigenossen sich engagieren müssen. Die Folgen des brutalen Ausnahmegesetzes müssen auf alle Fälle parirt werden!

— Unser Berliner Parteiorgan schreibt: Wir können unseren Lesern die erfreuliche Mittheilung machen, daß sich unseren Abgeordneten die zarteste Aufmerksamkeit der Behörden zugewendet hat. Dieselben können keinen Schritt thun, weder in noch außer dem Reichstagsgebäude, ohne sich in „geheimer“ Begleitung zu befinden. So angenehm auch eine solch offizielle Begleitung unter Umständen in den Abzügen oder im Böhmerwald sein kann, so überflüssig erscheint sie in Berlin. Unsere Reichstagsabgeordneten werden sich schon allein gegen Taschendiebe und ähnliches Gefindel schützen; die polizeiliche Vorbeugung ist nach dieser Richtung hin zu „vorsehend“.

— Das Ausnahmegegesetz tritt in wenigen Tagen in Kraft und somit ist Denjenigen, welche sich sozialistische Schriften anschaffen wollen, nur noch eine kurze Frist gegeben. Alles, was denen die Auswanderungshege hervorgegangen ist, wir haben auf die Folgen hingewiesen, die für viele von denen entstehen werden, die jenen Lockrufen gehorchen — an den Parteigenossen ist es nun, auf die Verbreitung der Wahrheit hinzuwirken und so jenen Plan scheitern zu machen, dessen Verwirklichung mit dem Unglück vieler Arbeiter nothwendig verbunden wäre.

— Rohheit der Gebildeten. Vor einigen Tagen ging der Zeit in Hamburg engagierte Wiener Volksänger Schramm Abends in Begleitung seiner Frau nach Hause, als drei junge Leute ihnen den Weg absichtlich versperrten. Von Schramm zur Rede gestellt, hatte einer der jungen Burschen die Frechheit, der Frau in die Wange zu kneten. Auf ihre Zurückweisung erhielt sie eine schallende Ohrfeige. Nun rief der Gatte, der allein gegen die Drei Nichts unternehmen konnte, laut um Hilfe, doch in demselben Augenblick erhielt er mit einem Stoß einen Hieb über das Gesicht, so daß er ohnmächtig zur Erde fiel. Die Angreifer fielen nun über die Frau her und mißhandelten sie auf die empfindlichste Art. Auch sie wurde ohnmächtig und als sie erwachte, war sie von vielen Personen umgeben, die durch den Lärm von ihrer Ruhe aufgeschreckt, zu Hilfe eilten. Als sie nach und nach ihre Besinnung erlangte, vermüßte sie ihren Gatten und erhielt auf ihr Befragen die Antwort, derselbe sei zu einem Arzt getragen worden. Unter Schluchzen hat die Aerzstine, auch sie zu dem Arzt zu fahren und erzählte unterwegs ihr Abenteuer. Leider kam auch einer der Männer, die Schramm nach dem Arzt getragen, mit der traurigen Botenschaft, daß das rechte Auge des Verletzten in Folge des Hiebes aufgelaufen sei. Nun sind die drei Burschen, darunter ein Bautechniker und ein Student, eruiert und verhaftet.

— In Darmstadt wurde der Landtagsabgeordnete P. Jost, nationalliberales Mitglied der hessischen Kammer, wegen Beihilfe zum Betrüge zu einer Geldstrafe von 120 Mark verurtheilt.

ur einigermaßen einen sozialistischen Anstrich trägt, wird verboten, konfiszirt, in Acht und Bann gethan. Es wird nicht mehr möglich sein, in ähnlicher Weise wie bisher dem sozialistischen Gedanken Ausdruck zu geben, nirgends wird eine sozialistische Broschüre zum Verkauf ausgelegt und verbreitet werden können. Wer sich also für die bevorstehende Reaktionsperiode noch nicht mit Schriften versehen hat, der darf nicht länger zögern. Tausenden unserer Genossen werden die sozialistischen Broschüren in den Tagen der Reaction, Verfolgung und Unterdrückung einen Haltpunkt bieten, eine Zuversicht für eine bessere Zukunft sein!

— Genosse Ulrich, Redakteur der „Neuen Offenbacher Zeitung“ ist wegen Privatbeleidigung eines nationalliberalen Menschen zu vier Monaten Gefängniß vom Darmstädter Bezirksstrafgericht am 14. Oktober verurtheilt worden.

— Parteigenosse Henneke zu Stuttgart ist am 11. ds. zu 3 Monaten Gefängniß verurtheilt worden.

— In Tzeboe haben die Schuhmachermeister den Gehilfen eine Lohnreduktion von 12 1/2 pCt. angefündigt; der Bezug ist in Voraussicht eines Streikes fern zu halten.

— Unser ungarisches Parteiorgan, die „Arbeiter-Wochenchronik“, schreibt: „In Folge des Streikes der Budapestener Wagner wird vor Bezug gewarnt! Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden ersucht, hiervon Kenntniß zu nehmen.“

Die Zustände in Nordamerika

In den Vereinigten Staaten macht der Währungs- und Bersehungsgesetz der sozialen Zustände immer größere Fortschritte. Die alten „politischen“ Parteien, welche längst unter die Herrschaft ordinärer Geldjägerliquen gerathen waren, gehen mehr und mehr ihrer Auflösung entgegen. Die durch den Aktien- und Börsenschwund in größtem Maßstabe gepflanzte und gepflegte Corruption hat selbst die Staatsleitung in den Augen der Massen degrabirt. In Californien hat man in jüngster Zeit mit besonderer Schnelligkeit und Heftigkeit die bemerkenswerthen Stationen der modernen Kulturentwicklung durchwandelt. Da war erst Aktien- und Börsenschwund von kolossalster Dimension und Schamlosigkeit. Dann großer Krach, Krisis, Kalamität, Rothstand! Gleichzeitig große Demoralisation aller Bevölkerungsklassen, erschreckende Zunahme aller Verbrechen! Hieraus drakonische Strenge der öffentlichen Rechtspflege, während eine mächtige sozialistische Agitation immer weiter um sich greift. —

Nicht viel anders steht es im Allgemeinen in den Vereinigten Staaten überhaupt. Die seit dem großen Aktien- und Börsenkrach von 1873 anhaltend geschäftliche Kalamität, deren Vermeidung ganz wie bei uns in Deutschland schon oft vorausgesehen wurde, ist noch immer nicht zu Ende, und die Arbeitszustände werden täglich bedenklicher. Hat man doch schon die effektive Verlagerung einer Stadt durch herumziehende Strolche erlebt. — Das Bankrottunwesen nimmt immer größere Dimensionen an und die persönliche Sicherheit nimmt eben so rasend ab, wie die gesellschaftliche. Ein in Chicago erscheinendes deutsches Blatt registrierte dieser Tage in einer einzigen Nummer nicht weniger als 8 Nordkaten. — Die Diebstähle in der Staats- und Communalverwaltung werden immer zahlreicher und großartiger, und die Voraussetzung unserer „liberalen“ Blätter, daß der „gesunde Kern des Bürgerthums“ diesem verbrecherischen Treiben bald ein kategorisches Ende bereiten werde, erweist sich als eine politische Kurzsichtigkeit ersten Ranges.

Im Gegentheil wählt dieser angeblich „gesunde Kern des Bürgerthums“ bei jedem Wahlgange immer dieselben längst als käuflich gebrandmarkten Schaffe von Neuem in die öffentlichen Vertretungen. —

Diese Schilderungen sind einem konservativen Blatte entnommen — und sie sind im Allgemeinen zutreffend — auch auf andere Staaten! Dagegen fallen die Versicherungen des bekannten amerikanischen republikanischen Staatsmanns Seymour kaum ins Gewicht, der in einer Rede über die amerikanischen Zustände kürzlich bemerkte, daß die Communisten harmlose Leute seien, die mehr nützen als schaden, indem sie durch ihre Thorheiten dem Bürger die Nothwendigkeit einer gefundenen Verwaltungsorganisation zu Gemüthe fähren. „Wenn sie“, so fährt Seymour dann wörtlich fort, „davon reden, ihre Ziele mit Gewalt zu erreichen und nöthigenfalls bis an die Kniee im Blut zu waten, so lehren sie nur unsere Bürger, wie nöthig es ist, gute Gesetze gut zu handhaben. Ihre Ohnmacht hier zu Lande zeigt die Stärke unserer Regierung gegenüber denen anderer Länder. Ein Tollhäusler mag auf einen König schießen und einen Staat erschüttern, aber Majoritäten können nicht meuchlings umgebracht werden. Es ist ein großer Mißgriff, ihnen bewaffneten Aufzügen mit polizeilichen Verböten entgegenzutreten. Es wäre gut, wenn man sie zwingen könnte, sich öfters mit all ihren Waffen, Bannern und Fahneninschriften zu zeigen. Nicht nur, daß die Mehrzahl unseres Volkes Besitzer sind, auch nicht Ein Armer unter Hundert hier zu Lande würde die Möglichkeit, wohlhabend zu werden, für Alles hingeben, was die Communisten ihm bieten könnten, wenn sie am Ruder wären. Solche Parteien sind nur in Ländern gefährlich, wo die Gesellschaft, so geschickt ist, daß der Arbeiter keine Hoffnung, keine Möglichkeit sieht, sich aus seiner Noth erporzubeheben, außer durch den Umwurf der sozialen und politischen Verhältnisse, unter denen er lebt.“ Wenn Seymour Recht hatte, so würde er aller-

birgt ein großes Verdammungsurtheil über die alte Welt, insbesondere über Deutschland und Frankreich ausgesprochen, aber von unserm Standpunkte aus betrachtet, dem Sozialismus in der alten Welt ein noch größeres Lob ertheilt haben — aber Nordamerika ist erst in der Entwicklung begriffen, diese schreitet allerdings sehr schnell vor, aber ebenso schnell schreitet auch der Sozialismus und der Communismus trotz der Seymour'schen Schönfärberei in Nordamerika vorwärts.

— Aus einem kleineren Orte der Provinz Sachsen erhalten wir folgende Zuschrift:

Es ist bekannt, in welcher Weise seitens unserer Gegner Bedrohungen und Einschüchterungen von überzeugungstreuen Arbeitern versucht werden und leider auch vielfach mit Erfolg. Am meisten bedroht sind diejenigen Gesinnungsgenossen, welche vereinzelt in Provinzen und Kreisen wohnen, wo die Partei noch keinen oder wenig Boden hat, weil sie ihre Bestimmung vor Kreisen, von denen sie abhängig sind, nicht verbergen können und von denen durchaus nicht zu erwarten steht, daß sie für uns zu gewinnen sind. In unserem Kreise sind in jedem Amtsbezirk Nachforschungen angestellt worden, was für Blätter gelesen werden; da ich den „Vorwärts“ halte, heißt der Amtsvorsteher N. N. aus dem benachbarten Orte meine Kunden gegen mich, so oft sich ihm die Gelegenheit darbietet. „Solche Menschen dürfen keine Arbeit mehr bekommen, es sollte überhaupt keine Gemeinschaft mit ihnen gepflegt werden.“ In derselben Weise hat der Landrath K. K. bei einer Gemeindeangelegenheit in unserem Orte die Gutbesitzer und Bauern öffentlich aufgefordert, ja ihnen geradezu befohlen, nicht mehr bei mir arbeiten zu lassen, ihren Söhnen zu verbieten, mit mir zu verkehren, da ich sie alle anstecke. Kann ich den Landrath nicht wegen Schädigung des Geschäftsbetriebs verklagen? — Doch es kommt noch häßlicher. Da die Leute in meinem Orte denn doch zu vernünftig sind auf solche Zumuthungen einzugehen, so sollen sie noch auf andere Art gegen mich aufgebracht werden. In unserm Ort besteht nämlich seit einer Reihe von Jahren ein Gesangsverein. Kürzlich wurden uns vom Amtsvorsteher die Statuten abverlangt, obgleich, so viel ich weiß, wir nicht dazu verpflichtet sind, als gesellschaftlicher Verein der Behörde Statuten einzureichen, so kamen wir doch dem Wunsche nach. Jetzt erklärt der Amtsvorsteher den Verein für einen sozialdemokratischen; die Statuten seien nach sozialdemokratischem Muster abgefaßt. Nun bin ich der Meinung, daß wir die Statuten doch machen können, wie wir wollen, wenn nur der in solchen Vereinen nicht geduldeten Zweck ausgeschlossen bleibt. Anstoß erregt hat folgender Paragraph: „Der Verein bezweckt gesellschaftliche Harmonie, sowie Hebung der Intelligenz.“ Außerdem wahrheitsgemäß das sozialdemokratische Muster: „Der Vorstand, sowie diejenigen Mitglieder, welche bei Vergnügungen ein Amt zu verrichten haben, sind dem gesammten Verein für die Ausübung ihrer Funktionen verantwortlich. Der Vorsitzende leitet etwaige Verhandlungen nach parlamentarischer Ordnung, und ertheilt nach Reihenfolge der Anmeldung das Wort.“ Außerdem führte er als Beweis an, daß ich vor drei Jahren bei einem Auszug des Vereins nach W. . . . gegen das Singen patriotischer Lieder demonstriert hätte. Es forderte damals ein Anderer, welcher nicht zu unserem Verein gehörte, auf „Heil Dir im Siegerkranz“ zu singen, wobei ich allerdings rief: „Das singen wir nicht, das ist uns zu reaktionär!“ Daraus möchte man gern eine Majestätsbeleidigung fabrizieren, obgleich es drei Jahre her ist. Eine Beschwerde beim Landrath wird unter diesen Umständen Nichts nützen, und möchte ich an die Redaktion die Frage richten, ob man nicht eine Beschwerde direkt an die Regierung richten kann, überhaupt bitter wir in allen angeführten Sachen Rath zu ertheilen, da ich im möglichen Falle den Landrath zu verklagen gedenke. Wir brauchen die Handlungsweise unserer Gegner ohne Bemerkungen daran zu knüpfen nur einfach zu registriren, die Nachlosigkeit spricht für sich selbst.

Wir bemerken zu dieser Zuschrift zunächst, daß allerdings unserer Meinung nach der betreffende Landrath wegen Geschäftsschädigung angeklagt werden kann. — Dann zeigt der angezogene Amtsvorsteher, daß er, wie viele seines Gleichen von der Sozialdemokratie so viel versteht, wie der Esel vom Lauten schlagen. — Und schließlich möge sich der Einsender beruhigen; er kann nicht wegen Majestätsbeleidigung verklagt werden, obgleich das Lied „Heil dir im Siegerkranz“ vorzugsweise von Reaktionären gesungen wird.

Correspondenzen.

Petersburg, den 8. Oktober. Die Organisation der nihilistischen Partei macht trotz der Polizeiallmacht hier selbst bedeutende Fortschritte. In den bisherigen Aktionsmitteln gefiel sich auch eine geheime, oder wie die Russen dieselbe nennen, „unterirdische“ Presse. In den letzten sechs Wochen scheinen mehrere revolutionäre Blätter gegründet worden zu sein, denn das Land ist mit ganzen Packten von Zeitschriften, die sich „Organe des künftigen Rußlands“ nennen, überfüllt worden. Die Polizeibehörden haben zwar alle „Gutgesinnten“ aufgefordert, Drucksachen „verbrecherischer Inhalts“ der Regierung zu stellen, allein kein einziger Empfänger wollte der verhassten Verwaltung diese Gefälligkeit erweisen. Die letzten Nummern der „Revolutionzeitung“, welche hier erscheint, haben eine Kriegserklärung gegen den jetzigen Staat gebracht. „Die russischen Revolutionäre“, so heißt es in einem der

artigen Blatt, „sind nur das Echo des gesammten russischen Volkes, wenn wir den Krieg bis auf das Messer dem verrotteten, verlotterten und bankrotten Regierungssystem erklären. Der Adelige, der Kaufmann, der Kleinbürger, der Bauer — alle diese Klassen der Bevölkerung sind der Tyrannei der „Tschinovniks“ satt; man will nicht eine Satrapenherrschaft dulden, nachdem wir über 300,000 Menschenleben für die Beseitigung einer Regierung in Bulgarien geopfert haben, welche viel humaner und freisinniger und anständiger war, als unsere mongolische Ausgeburt. Das Volk ist nicht so blöde, sich auf die Schlachtbank für Fremde führen zu lassen, während es selbst noch viel unglücklicher ist, als die durch die Moskauer Schwindler zu „Brüdern“ beförderten Bulgaren. Hat ein russischer Bauer so ein Haus und Hof wie der bulgarische im Rußischer Bezirk? Verfügt irgend ein „Muzik“ bei uns über solche Kornkammern wie der Bulgare im gesegneten Thale von Sofia und Adrianopol? Und wann hatte die Türkei solche Klein-Michel, Murawjews, Trepows, Resenzjows wie Rußland sie zu Hunderten aufzuweisen hat? Wir sind das unglücklichste Volk auf Erden und unser Unglück ist das Jarenthum. Es hat unsere Knochen erweicht, indem es unser Mark auszog. Es hat uns zu Sklaven gemacht und uns alle moralische Würde genommen. Wir sind durch dasselbe zu einem entnernten Volke, ohne Bewußtsein und ohne Freiheitsdrang degradirt worden. Wollen wir je unsere Menschenrechte wieder erlangen, so müssen wir die Romanows entfernen und das von denselben eingeführte Regierungssystem mit Stumpf und Stiel ausrotten. . . . Das hiesige Organ der „Nationalen Regierung“, welches eben auch zur „unterirdischen“ Presse gehört, sagt urbi et orbi, daß man Mittel genug besitze, um die bestehende Ordnung zu stürzen, daß man aber erwarte, daß der Krieg sich nur auf die Sphäre des „offiziellen Rußlands“ erstrecken werde, da man voraussetze, daß die „Gesellschaft“ das Nicht-tun zwischen sich und dem Jarenthum entzwei-schneiden werde. Sollte diese Voraussetzung als eine irrige sich herausstellen, dann werde man den Krieg auch der Gesellschaft, wie sie die absoluten Gewalt herrscher geschaffen haben, erklären und denselben „mit Stahl und Eisen ohne Erbarmen führen“. — Und solche Zustände sind das Ideal aller derjenigen Parteien und Personen, welche hier in Deutschland nach Ausnahmestufen gegen die deutschen „Anarchisten“, „Nihilisten“ und wie man uns Sozialdemokraten noch weiter zu nennen beliebt, streichen. Wird's dabei unsern Philistern nicht gruslich vor den „Rasern“ in den oberen Regionen? (Red. d. „B.“)

Hamburg, 14. Okt. Der „Pionier“, Organ der vereinigten Gewerkschaften, bringt in seiner neuesten Nummer folgendes „Eingeländt“: Angehts der Verfolgungen, welchen die deutschen Gewerkschaftsverbände durch Annahme des Sozialisten-Gesetzes ausgesetzt sind und welche mit der systematischen Auflösung aller Gewerkschaften enden könnten, ist es wohl an der Zeit, die Frage aufzuwerfen, was dann später werden soll; sollen die 60,000 Arbeiter, welchen dann jede Organisation zu gegenseitiger Unterstützung verboten ist, ein für alle Mal davon absehen, sich ferner zu organisiren? Unterzeichnete kann dies nicht glauben, denn die gewerkschaftlichen Vereinigungen sind für den Arbeiter so nothwendig wie das liebe Brot, ja, Letzteres wird oftmals erst durch diese Vereinigungen erlangt. Es giebt nun bei event. Auflösung folgenden Weg, welchen ich hier andeuten will. Die Hirsch-Dunder'schen Gewerksvereine, die eine Zahl von 15—16,000 Mitgliedern repräsentiren, werden wahrscheinlich nicht aufgelöst werden, mithin treten die 60,000 Mitglieder der aufgelösten Gewerkschaften Mann für Mann noch ihrer Berufsbranche in die Hirsch-Dunder'schen Gewerksvereine ein. Dadurch erhielten wir — anstatt jetzt zwei — in Zukunft nur eine einheitliche Gewerkschaftsbewegung in Deutschland und zu gleicher Zeit käme neue Kraft und neues Leben in die bereits matt gewordene Hirsch-Dunder'sche Organisation. Die 60,000 neuen Mitglieder würden auf den Generalversammlungen der einzelnen Gewerksvereine, sowie auf dem nächsten Verbandstage schon für passende Delegirte und nützliche Reformen sorgen und nichts könnte diese hindern, mißliebige Führer zu beseitigen und andere an deren Stelle zu setzen. Dies mein Vorschlag. Anton Fiebig, früherer Gewerksvereiner.

Hamburg, 11. Oktober. Heute Morgen wurde, wie der „Germania“ berichtet wird, der Kaufmann A. Breemann sammt etwa noch 18 Mitangehörigen aus dem Arrest entlassen. Dieselben haben sämmtlich die Weisung erhalten, sich auf Verlangen sofort wieder zu stellen. Ferner ist ein Maurer-arbeitsmann, welcher angeblich bei der Affaire am 17. August betheiligt gewesen sein soll, auf das Zeugniß des Brandmeisters nachträglich noch eingezogen, gestern in der Gefängniszelle erhängt vorgeschunden worden. Wie glaubwürdige Zeugen eiblich zu erhärten im Stande sein wollen, ist der Arbeitsmann damals gar nicht zugegen gewesen. Wenn die Sache sich wirklich so verhalten sollte, so hätten wir hier wieder ein Opfer der traurigen Denunziationswuth vor uns.

Königsberg, 12. Oktober. Die Stadtverordnetenversammlung hat beschlossen, die Waise Dr. Johann Jacoby's, nachdem der Vorstand des Kunstvereins ihre Aufstellung im Stadtmuseum abgelehnt hat, im Sitzungssaale der Stadtverordneten aufstellen zu lassen.

Altona, 12. Oktober. Eine sonderbare Verfügung hat das hiesige Gericht getroffen. Anfang Januar 1877 wurde vor der damaligen Reichstagswahl ein Wahlaufsatz für den 9. Schleswig-Holsteinischen Wahlkreis wegen einer angeblich darin enthaltenen Beleidigung confiszirt. Jetzt nun, nach ein und dreiviertel Jahren, ist derselbe unter

eigenthümlichen Motivirungen „frei“ gegeben. Das hierauf bezügliche Schriftstück des Königl. Staatsanwalts in Kiel an den Cigarrenmacher Gundelach in Altona lautet: „In der gegen Sie hier anhängig gewesenem Unterjuchung wegen Beleidigung stelle ich Ihnen hierdurch die i. J. zu Lübbenburg, Burg a. F., Reinfeld, Fresenberg, Neustadt, Lenzahn und Tutin beschlagnahmten Exemplare des von Ihnen unterzeichneten Wahlaufsatzes an die Wähler des 9. Wahlkreises, da seitens des Gerichts nicht auf deren Vernichtung erkannt ist, zur Disposition und sehe ev. einer Namhaftmachung derjenigen Personen an den gedachten Orten entgegen, an welche Sie die Exemplare ausgeliefert wünschten. Dabei bemerke ich, daß ich eine Benutzung derselben selbst als Makulatur für unzulässig ansehe und darin eine Wiederholung der darin enthaltenen Beleidigung durch Verbreitung erblicken würde. — Sollten Sie sich innerhalb 14 Tagen nicht geäußert haben, so nehme ich an, daß Sie mit der Vernichtung einverstanden sind und werde dieselbe verfügen. Stube.“

Gundelach ist allerdings wegen Beleidigung in dieser Angelegenheit bestraft worden; giebt man nun die Schrift frei, die zu solcher Bestrafung Veranlassung gegeben, so verleitet man von Gerichtswegen alle Diejenigen, welche unvorsichtig sind, oder die Verurtheilung der Person und die Freigabe der Schrift nicht zusammenreimen können, wenn natürlich ohne auch Absicht, zu neuen Uebertretungen. Daran ändert die bloß an Gundelach gerichtete staatsanwaltliche Warnung nichts. Unabsichtlich kann Gundelach die Flugblätter liegen lassen und ebenso unabsichtlich können Bekannte einige der Blätter nehmen und weitergeben — die Beleidigung ist dann da.

Essen, 12. Oktober. Einen Vorgeschnack von der Ausführung des Sozialistengesetzes haben vor einigen Tagen einige Ausschußmitglieder des aufgelösten und nicht mehr bestehenden „Verbandes rheinisch-westfälischer Bergleute“ erhalten. Dieselben waren auf das hiesige Bureau beschieden, um Auskunft zu geben über Verwendung und Verbleib des Kasseebestandes, namentlich über 400 Mark, die bei der hiesigen Sparkasse zinsbar angelegt, aber wie verlautet, bereits wieder abgehoben waren. Wie die gegebene Auskunft ausgefallen, entzieht sich unserer Kenntniß. Jedenfalls aber kann man die Thatsache als einen Akt polizeilicher Fürsorge registriren. Die „polizeiliche Fürsorge“ dürfte jedoch mit den Kasseeconfiszurationen nirgends besonders Glück haben. — Jedenfalls müssen unsere Parteigenossen überall klüger sein, als — die Polizei es erlaubt.

Aus Bayern. Gerade das viele Schimpfen und Demünziren gegen unsere Partei hat dazu beigetragen, daß sich viele Leute dieserhalb mit unseren Prinzipien bekannt zu machen suchten. So erlebte ich mehrere Beispiele, wo hochgestellte Personen sich dahin aussprachen, daß unsere Partei ihre volle Berechtigung habe und auch schon viel Gutes stiftete. Auch der Bürgermeister von V. sprach sich mit einigen Rathsmitgliedern in diesem Sinne aus. Die Herren meinten auch, daß es ein Unrecht wäre, Ausnahmestufen gegen eine so große Partei zu machen, denn mit Gewalt ließen sich doch Ideen nicht vertilgen u. s. w. Es ist dies ein erfreuliches Zeichen, und das haben wir hauptsächlich unserem ruhigen Verhalten zur Zeit der Wahlen zu verdanken. Darum wollen wir auch, trotz Ausnahmestufen, ruhig an dem einmal begonnenen Werke weiter arbeiten — die Zukunft gehört dennoch unser!

Zürich, 13. Okt. (Wie die Sozialdemokratie mit „geistigen Waffen“ bekämpft wird). Der „Zürcher Kalender“ für 1879 bringt Bild, Lied und Beschreibung von einem neuen Tingeltangel d. h. einer Wirtschaft mit zoten singenden Frauenzimmern. Die vier concertirenden Dirnen, die dem Kalenderpublikum vorgeführt werden, tragen an ihren Kopfbedeckungen die Bezeichnungen „Raub, Mord, Brandstiftung und Freie Liebe“. Der Schuß aber geht hintenhinaus. Das Ding soll auf die Sozialdemokratie gespielt sein, trifft aber in That und Wahrheit die heutige schöne Gesellschaft und die Bourgeoisie. Die Tingeltangels werden ja überhaupt nur von der Bourgeoisie frequentirt und die Insignien der betreffenden Dirnen passen auch ganz komplett auf die Bourgeoisie. Oder wer hat die halbe Milliarde geraubt, die in der Schweiz an den Eisenbahnpapieren verloren ging? Doch nicht die Sozialdemokraten, vielmehr „hochgeachtete Herren“ — Eisenbahnschwindler! Oder war der Rassenmörder Thomas in Bremerhafen vielleicht Sozialdemokrat? O mein, er war Bourgeois vom reinsten Wasser, ebenso wie die Herren, welche ihre Häuser und Fabriken anzünden, um ein „Geschäft“ zu machen. Und was nun gar die „Freie Liebe“ anbelangt! Wenn wir die auf unser Programm schrieben, so läme die Bourgeoisie in hellen Haufen zu uns gerannt, denn in dieser Branche leistet sie anerkanntermaßen Großes. In unserer guten Stadt Zürich ist wohl die rotze Fahne verboten, aber die Hurenhäuser gedeihen ganz vortreflich und erfreuen sich des besondern Wohlwollens der gewiß nicht sozialdemokratischen Zürcherinnen. Und übrigens würde der „liberale“ Kalendermacher seinem Bourgeois-Publikum nicht einen solch ekelhaften Tingeltangel aufstücken, wenn er den Geschnack desselben nicht aus jahrelanger Erfahrung kennen würde. Das Schwein liebt eben die Pfütze.

Bitte. Friedrich Schmidt und dessen Ehefrau Auguste geb. Krippendorf, welche am 1. Februar d. J. von hier über Hamburg nach Amerika gegangen sind, werden freundlichst ersucht ihre Adresse an ihren General-Vermittlungsagenten A. Welle in Frankfurt a. M. in Thüringen recht bald gelangen zu lassen. — Parteigenossen, welche den Wohnort des A. Schmidt kennen, werden freundlichst gebeten, dessen Adresse an die Redaktion des „Vorwärts“ in Leipzig oder an mich gelangen zu lassen. Etwasige Unkosten werden gern vergütet. A. Welle.

NB. Alle arbeiterfreundlichen Blätter in Amerika werden gebeten obige Bitte in ihren Zeitungen aufnehmen zu wollen. D. D.

Briefkasten

der Redaktion: G. R. in Jwikau: Da wir über den Gegenstand schon Vieles und Besseres gebracht haben, so werden Sie uns wohl nicht zürnen, wenn wir Ihr Eingeländt zurücklegen? —
der Expedition: M. K. in S.: Brief erhalten. Sendung folgt. — F. N. in S.: Ihre Reklamation haben wir der hiesigen Post zur Rückerte übergeben. Bestellen Sie künftig mindestens 8 Tage vor Quartalschluß, bei späterer Bestellung bleiben Ihnen die ersten Nummern im Quartal aus oder Sie müssen für dieselben noch 10 Pfg. Nachbestellungsgebühr bei dortiger Post bezahlen. — B. Otterndorf: Alles richtig erhalten. Das Verlangte ging am 13. ds. Mt. an Sie ab.

Unterstützungsfonds.

Gef. beim Schneider'schen Geburtstage Mt. 3,50 im 1. 15. 15. 5. 11. 2. 14. 12.

Der Weber A. Z. wird ersucht sein gegebenes Wort einzulösen. [0,30
Seine Freunde in St. G. S. J. J.

Hannover. Sozialdemokrat. Wahlverein. Sonnabend, 19. Oktober, Abends 8 1/2 Uhr im Lokale, Mittelstr. 11: [0,70

Öffentliche Versammlung. L.-O.: Das Sozialistengesetz vor dem deutschen Reichstage und seine Folgen. Ref. G. Dehme. D. B.

Allgemeine Deutsche Associations-Buchdruckerei in Berlin (Eingetr. Genossensch.)

Sonntag, den 3. November d. J., Morgens 10 Uhr, in Berlin im Lokale Kaiser Brau-Grünadier-Platz 8a III. Hof 2 Treppen links: [4,50

Außerordentliche Generalversammlung

Tagesordnung: Antrag des Vorstandes auf Liquidation des Geschäfts.
Berlin, 4. Oktober 1878.
Der Vorstand.

J. Auer, A. Baumann, Geinr. Radow.

Agenten

oder Provisions-Reisende mit guten Referenzen engagirt die bekannte Cigarrenfabrik (3b) [1,80
Herm. Otto Wendt, Bremen.

Im Verlage der Genossenschafts-Buchdruckerei zu Leipzig ist erschienen und durch die unterzeichneten Buchhandlungen zu beziehen:

Der arme Conrad.

Illustrirter Kalender

für das arbeitende Volk pro 1879.

Trotz der geringen und reichhaltigen Ausstattung kostet der Kalender gedruckt nur 40 Pfg., gebunden und mit gutem Schreibpapier durchschossen 60 Pfg., gegen baar oder Postvorschuß.

Den Bestellen von Einzel-Exemplaren ist anzuschreiben, für jedes Exemplar brochirt 50 Pfg., gebunden 70 Pfg., einzulösen, wofür wir franco per Kreuzband senden.

Die Lieferung des Kalenders erfolgt nur gegen baar oder Postnachnahme. Frei-Exemplare werden nicht gegeben.

Auf Posten von 1 Dugend aufwärts berechnen wir brochirt 25 Pfg. pro Stück netto gegen baar. gebunden 40 „ „ Expedition des „Vorwärts“, Leipzig, Färberstr. 12.

Abonnements-Einladung.

Mit 1. Oktober begann der 4. Jahrgang des in einer Auflage von 40,000 Exemplaren erscheinenden illustrierten Familienblattes

Die Neue Welt.

Wöchentlich 1 1/2 Bogen. Preis viertelj. M. 1,20. Zu Heften à 30 Pfg.

Alle diejenigen Gesinnungsgenossen, welche Gese-genheit haben Sammelmaterial in Vereinen, Werkstätten, Wirtschaften und Familien zu verbreiten, werden dringend um sofortige Angabe ihrer Adresse und der Zahl der ihnen zu sendenden Exemplare gebeten. — Eine entsprechende Subscriptionsliste (Abonnenten-Sammel-liste) wird in mehreren Exemplaren der Sendung beigefügt.

Die Freundschaft und Anhänglichkeit unserer so großen Heerszahl wird uns noch weitere Hülfskreise erschließen helfen — darauf meinen wir mit Sicherheit rechnen zu dürfen.

Expedition der „Neuen Welt“, Leipzig, Färberstr. 1211.

Im Verlage der Genossenschaftsbuchdruckerei zu Hamburg (G. G.) ist soeben erschienen:

Die Sozialdemokratie

vor dem deutschen Reichstag.

Erste Berathung

des Gesekentwurfs gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie. II. Heft.

Inhalt: Stenographischer Bericht über die Reichstags-verhandlungen am 16. u. 17. September 1878.

Preis einzeln M. 0,35. In Partien von mindestens 12 Stück à M. 0,25. Lieferung nur gegen baar (vorherige Einzahlung des Betrages, da Nach-nahme zu teuer ist.)

Das I. Heft enthält den Gesekentwurf nebst Motiven und Anlagen. Dasselbe erscheint am 17. Okt. und kostet M. 0,15. In Partien von mindestens 12 Stück à M. 0,10.

Ueber das III. u. IV. Heft Näheres später. Bestellungen erledigt sofort: Expedition des „Vorwärts“.

Verantwortl. Redakteur: Franz Schaff in Leipzig. Redaktion und Expedition Färberstr. 12. II. in Leipzig. Druck u. Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.